

Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zum Thema Hochwasser

Der Klimawandel wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Zunahme an Extremwetterereignissen und damit zu einer höheren Gefährdung durch Naturkatastrophen führen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, sind neue Perspektiven auf öffentliche und private Schutzmaßnahmen sowie auf die Risikokommunikation von Hochwassergefahren erforderlich.

Die öffentliche Meinung zum Thema Hochwasser und dahingehende Schutzmaßnahmen wurde in den oberösterreichischen Gemeinden Grünbach, Gutau, Leopoldschlag, Pregarten, Rainbach, Schwertberg und Windhaag sowie den steirischen Gemeinden Gröbming, Irdning-Donnersbachtal, Öblarn, Sölk und Stainach-Pürgg im Winter 2019/2020 erhoben. Dieses Factsheet zeigt die Sichtweisen der Bürger/innen der genannten Gemeinden in ausgewählten Themenbereichen auf. Die Erhebung ist Teil des Projekts *JustFair*, das aus Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert und im Rahmen des Austrian Climate Research Programme durchgeführt wurde. Mehr Informationen dazu erhalten Sie unter: justfair.joanneum.at/

Details zu Erhebung

Population	12 oberösterreichische und steirische Gemeinden
Erhebungsmethode	Postalische Befragung mittels standardisiertem achtseitigen Fragebogen als Postwurfsendung mit frankiertem Rücksendekuvert; zusätzlich identischer Online-Fragebogen.
Erhebungszeitraum	Dezember 2019 bis Februar 2020
Stichprobe	n=1127 Haushalte

Sämtliche Angaben der Befragung beruhen auf Selbsteinschätzungen der befragten Haushalte. Bei jeder Abbildung ist die zugrundeliegende Stichprobengröße angeführt. Dieses Factsheet und Factsheets zu den einzelnen Gemeinden sind abrufbar unter justfair.joanneum.at/factsheets.

Kontaktperson für Rückfragen

Dr. Sebastian Seebauer
sebastian.seebauer@joanneum.at
0316 – 876 7654

Verfasst von

Elena Sessig

Wer hat an der Befragung teilgenommen?

Die folgende Tabelle stellt die Stichprobenzusammensetzung der befragten Gemeinden der Gesamtbevölkerung in der untersuchten Region gegenüber. Die Stichprobe stimmt in Bezug auf die erhobenen Personen- und Haushaltsmerkmale gut mit der Bevölkerung überein. Männliche Teilnehmer sind in der Stichprobe allerdings überrepräsentiert. Beim Einkommen bestehen Abweichungen im mittleren Einkommensbereich.

	Stichprobe	Gesamtbevölkerung
Geschlecht		
Frauen	33%	51%
Männer	67%	49%
Alterskategorien		
18 – 34 Jahre	22%	24%
35 – 49 Jahre	28%	24%
50 – 64 Jahre	31%	28%
65 – 79 Jahre	16%	17%
Über 80 Jahre	3%	6%
Monatliches Netto-Haushaltseinkommen		
Unter 1.300 Euro	6%	10%
1.301 – 1.900 Euro	16%	13%
1.901 – 3.000 Euro	36%	26%
3.001 – 4.700 Euro	28%	28%
4.701 – 6.500 Euro	9%	14%
Über 6.500 Euro	5%	10%
Wohndauer in Gemeinde		
Unter 25 Jahre	36%	n. v.
Über 25 Jahre	64%	n. v.
Risikozone (gelb, rot-gelb, rot, HQ30, HQ100, HQ300)		
Ja	21%	n. v.
Nein	65%	n. v.
Weiß nicht	15%	n. v.
Hochwassererfahrung		
Ja, hat mindestens ein Hochwasser erlebt	30%	n. v.
Nein, hat noch kein Hochwasser erlebt	70%	n. v.

Geschlecht & Altersverteilung (Referenz: Gemeinde): STATISTIK AUSTRIA (2019).

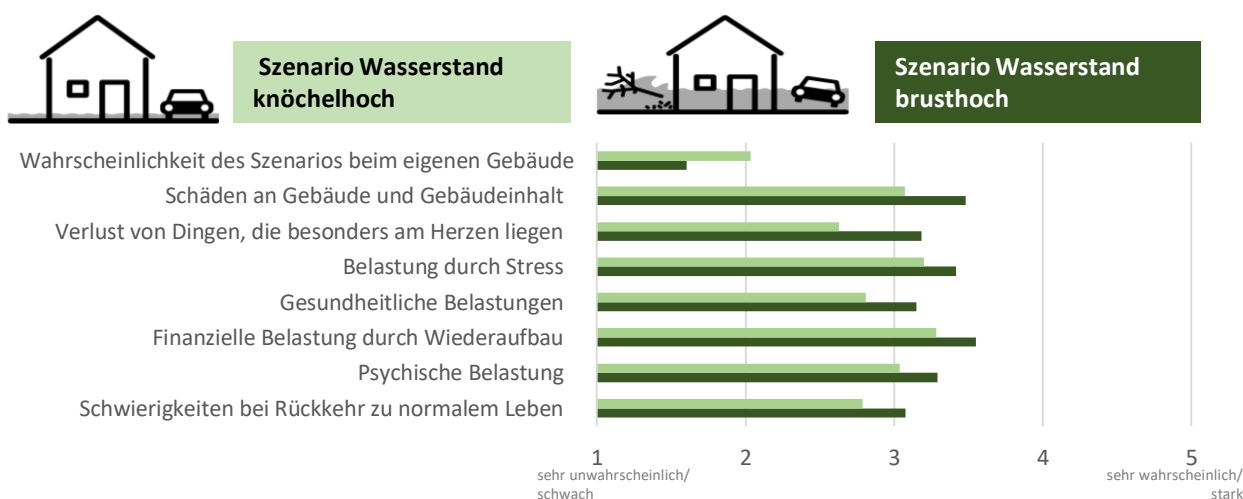
Einkommen (Referenz: Region): STATISTIK AUSTRIA (2018).

Anmerkung: Abweichungen von 100% aufgrund von Rundungsdifferenzen möglich

Wie wird das Risiko eines Hochwassers wahrgenommen?

Die Risikowahrnehmung umfasst zwei Aspekte: Zum einen die subjektive Wahrscheinlichkeit eines Hochwassers und zum anderen die erwarteten Auswirkungen. In der Befragung wurde die Risikowahrnehmung zu zwei Szenarien erfragt (siehe Abbildung). Beide Szenarien werden als relativ unwahrscheinlich angesehen, jedoch nehmen die Befragten das Szenario, in welchem das Wasser im Haus knöchelhoch steht, als wahrscheinlicher wahr, als das Szenario, in dem das Wasser brusthoch steht. Darüber hinaus werden die Auswirkungen des zweiten Szenarios als schwerwiegender wahrgenommen als die Auswirkungen des ersten. Dabei werden psychologische und soziale Auswirkungen als ebenso wichtig erachtet wie physische und finanzielle Auswirkungen.

Haushalte in Risikozonen beurteilen beide Szenarien als wahrscheinlicher und deren Belastungen als stärker. Haushalte, die bereits ein Hochwasser erlebt haben, beurteilen beide Szenarien als wahrscheinlicher und bewerten alle Belastungen als schwerwiegender, ausgenommen der finanziellen Belastungen und der erschwerten Rückkehr zur Normalität, bei welchen sich im ersten Szenario keine Unterschiede zeigen. Befragte, die über 25 Jahre in der Gemeinde leben, beurteilen alle Belastungen im ersten Szenario ausgenommen der Schäden am Gebäude als schwächer, im zweiten Szenario bestehen schwächere Bewertungen hingegen nur für Schäden am Gebäude, den Verlust von Dingen und die Belastung durch Stress. Während ein höheres Einkommen im ersten Szenario mit niedrigeren, gesundheitlichen, finanziellen und psychischen Belastungen sowie die erschwerte Rückkehr zur Normalität einhergeht, zeigt sich im zweiten Szenario kein konsistenter Einfluss.



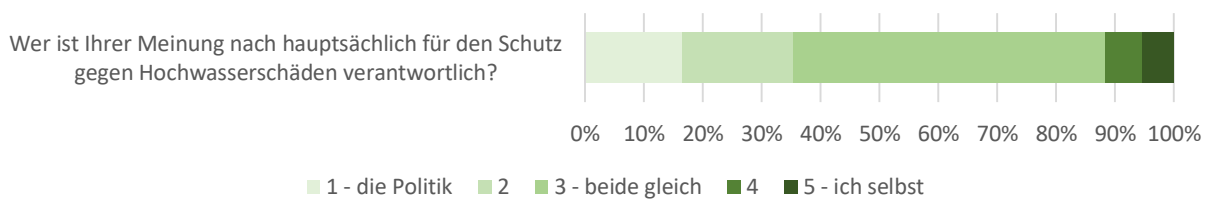
n=948-1092; Mittelwerte

- Schäden an Gebäude und Gebäudeinhalt: z.B. Mauerwerk, Parkettböden, Türstöcke, Möbel, ...
- Verlust von Dingen, die besonders am Herzen liegen: z.B. unersetzbare Erinnerungsstücke, Fotos, ...
- Belastung durch Stress: z.B. Gegenstände in Sicherheit bringen, behelfsmäßige Wohnsituation, ...
- Gesundheitliche Belastungen: z.B. Erschöpfung, Verletzungen, Krankheit, ...
- Finanzielle Belastung durch Wiederaufbau: z.B. Verbrauch von Ersparnissen, Aufnahme eines Kredits, ...
- Psychische Belastung: z.B. Schlafschwierigkeiten, Hilfslosigkeit, wiederkehrende Erinnerungen, ...
- Schwierigkeiten bei der Rückkehr zu normalem Leben: z.B. langwierige Reparaturen, bürokratischer Aufwand, Verzicht auf Urlaub und Freizeit, ...

Wem wird die Verantwortung zugeschrieben?

Die Frage nach der Verantwortung für den Schutz gegen Hochwasserschäden, zeichnet eine leichte Tendenz in Richtung Politik. Zwar vertreten knapp 53 % der Befragten die Meinung, dass der Hochwasserschutz sowohl unter ihre Verantwortung, als auch jene der Politik fällt, knapp 36% der Befragten sehen jedoch die Verantwortung vorrangig bei der Politik.

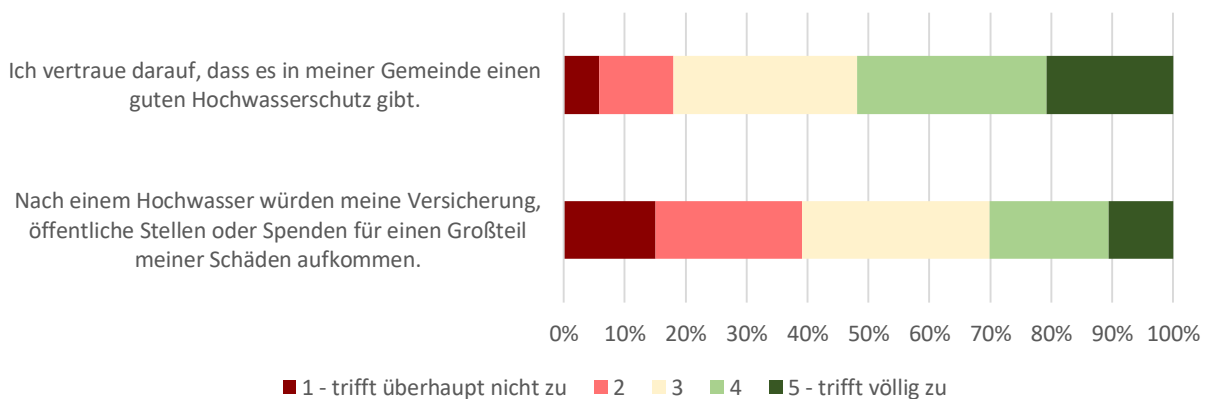
Wem die Verantwortung zugeschrieben wird, ist unabhängig von der Hochwassererfahrung, der Wohndauer und dem Einkommen. In Haushalten, die jedoch in einer Risikozone liegen, wird die Verantwortung eher in den Händen der Politik gesehen, als in Haushalten, die dies nicht tun oder in welchen die Risikozone nicht bekannt ist.



n=1111

Das Vertrauen auf öffentliche Schutzmaßnahmen sowie die finanzielle Kompensation von Hochwasserschäden kann sich auf die privaten Schutzbemühungen auswirken. Gut die Hälfte der Bewohner gibt an, auf den öffentlichen Hochwasserschutz der Gemeinde vertrauen zu können. Etwa ein Drittel sind der Ansicht, dass im Falle eines Hochwassers für ihre Schäden aus verschiedenen finanziellen Mitteln aufgekommen wird.

Ein höheres Vertrauen auf den öffentlichen Hochwasserschutz besteht bei Haushalten, die in einer Risikozone liegen, als bei Haushalten, die dies nicht tun. Auch Haushalte, die noch kein Hochwasser erlebt haben, vertrauen mehr darauf. Haushalte mit höherem Einkommen vertrauen eher auf die finanzielle Kompensation ihrer Schäden, als Haushalte mit niedrigerem Einkommen. Das Vertrauen auf den öffentlichen Hochwasserschutz und die finanzielle Kompensation ist unabhängig von der Wohndauer.



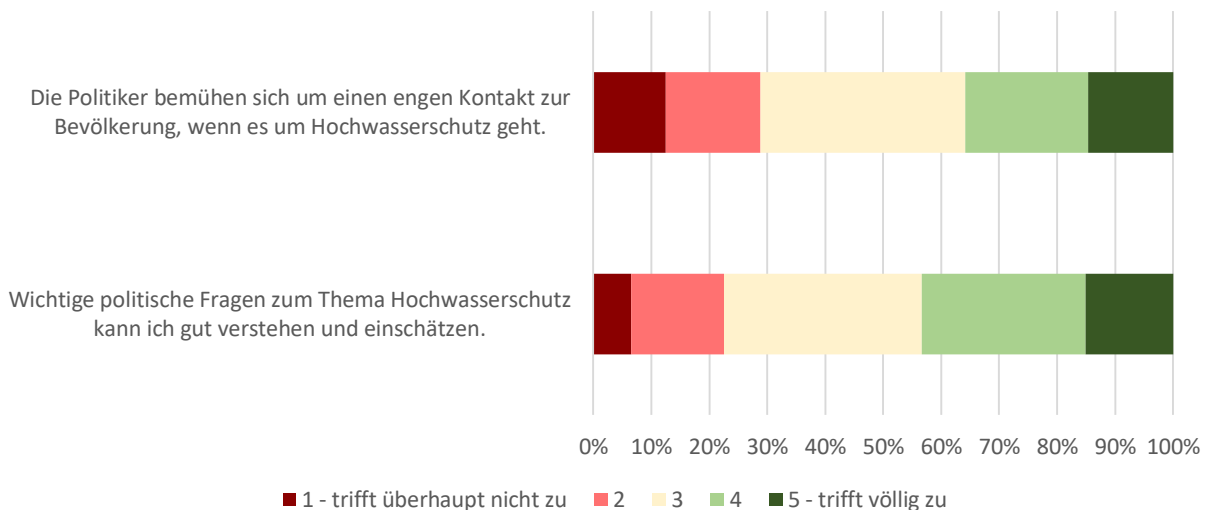
n=1053-1096

Wie ist das Verhältnis zwischen Politik und Bürger/innen zum Thema Hochwasserschutz?

Das Verhältnis zwischen Politik und Bevölkerung spiegelt sich im Verständnis der Bürger/innen für politische Fragen und im wahrgenommenen Engagement der Politik wider. Bürger/innen in das Risikomanagement einzubeziehen kann politische Entscheidungen verbessern und den öffentlichen Hochwasserschutz stärken.

Dass die Politik sich um einen engen Kontakt mit der Bevölkerung zum Thema Hochwasserschutz bemüht, empfanden knapp 36 % der Befragten als zutreffend. Gut 43% geben an, wichtige politische Fragen zum Thema Hochwasserschutz gut verstehen und einschätzen zu können.

Von den Einflussfaktoren ist nur die Wohndauer gleichermaßen für das politische Verständnis und die Einstellung zum Engagement der Politik für einen engen Kontakt zur Bevölkerung von Bedeutung. Befragte, die schon länger als 25 Jahre in der Gemeinde wohnen, haben eine positivere Einstellung zum Engagement der Politik für einen engen Kontakt und sind zuversichtlicher, politische Fragen zum Thema Hochwasserschutz verstehen zu können. Das Engagement der Politik wird jedoch auch positiver von den Personen bewertet, die in keiner Risikozone wohnen, als von jenen, die ihre Risikozone nicht kennen. Hochwassererfahrung und Einkommen zeigen keinen Einfluss auf die Einstellung zur Politik und das politische Verständnis.



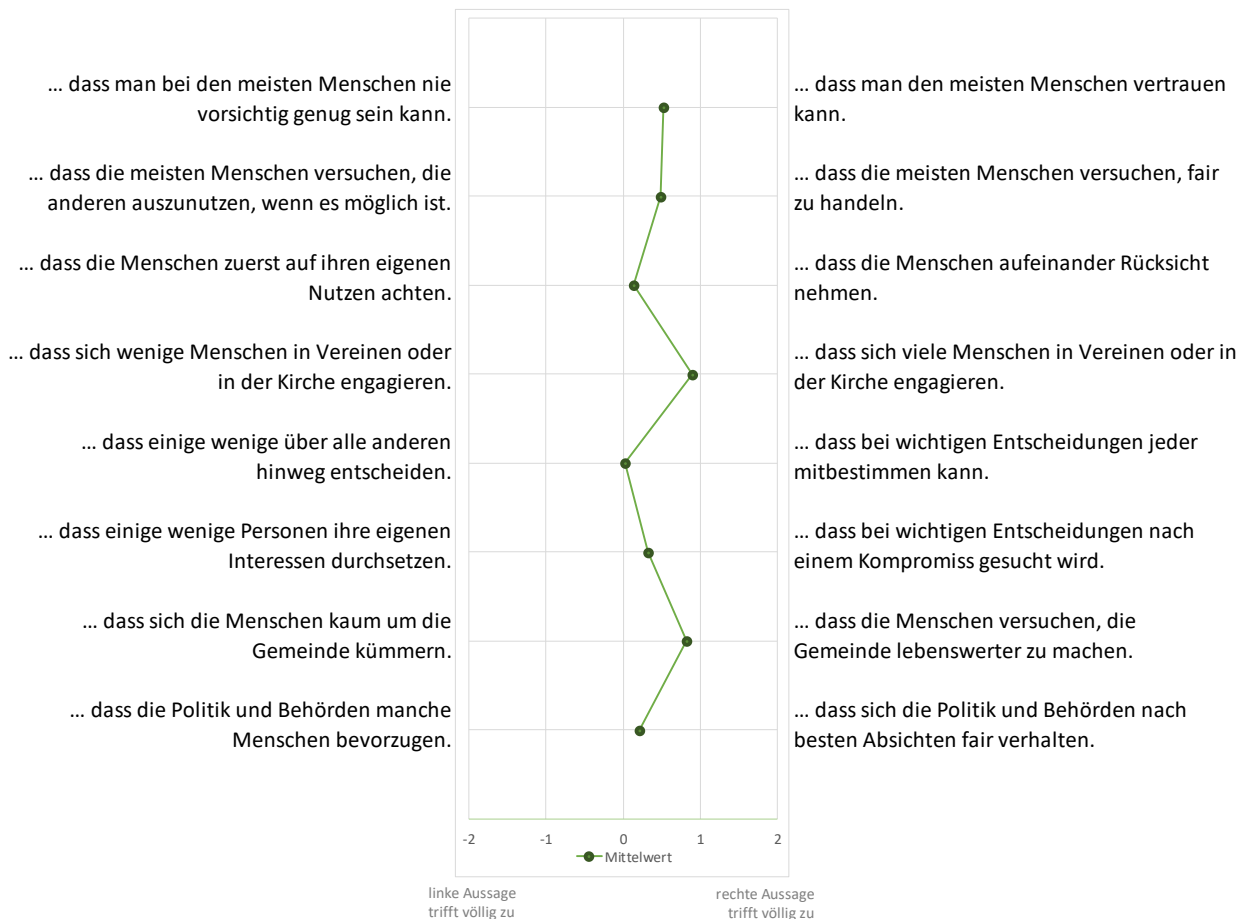
n=1039-1053

Wie wird die Gemeinschaft wahrgenommen?

Bei den folgenden Fragen geht es um das sogenannte soziale Kapital. Als soziales Kapital werden das Vertrauen und die Unterstützungsstrukturen innerhalb einer Gemeinschaft bezeichnet. Zum einen stellen starke soziale Strukturen innerhalb einer Gemeinschaft einen wichtigen Kommunikationsweg für die Warnung und die Evakuierung dar und unterstützen bei der Bewältigung von Naturkatastrophen. Zum anderen können sie jedoch auch ein falsches Gefühl der Sicherheit vermitteln, das davon abhält private Schutzmaßnahmen umzusetzen. Der Mittelwert aller Antworten liegt hier knapp über dem neutralen Bereich der Antwortskala. Dass sich viele Menschen in Vereinen oder der Kirche engagieren, wird als am zutreffendsten eingestuft. Die Aussage, dass bei wichtigen Entscheidungen jeder mitbestimmen kann, findet hingegen am wenigsten Zustimmung.

Die Einstellung zum sozialen Kapital ist teilweise abhängig vom Einkommen. So stimmen Haushalte mit höherem Einkommen allen Aussagen, ausgenommen jener zur Mitbestimmung bei wichtigen Entscheidungen sowie dem Engagement, eher zu als Haushalte mit niedrigerem Einkommen. Hochwassererfahrung, Wohndauer und Risikozone zeigen keinen Einfluss auf die Einstellung zum sozialen Kapital.

Ich würde ganz allgemein für meine Gemeinde sagen, ...



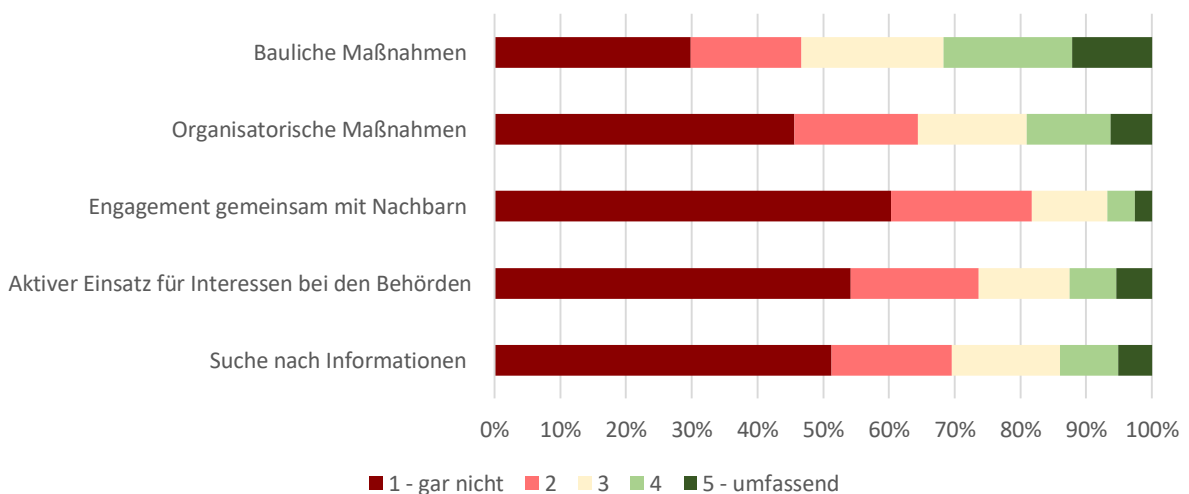
n=1057-1063

Welche privaten Schutzmaßnahmen werden gesetzt?

Private Schutzmaßnahmen können als ergänzende Maßnahmen zu öffentlichen Schutzmaßnahmen die Gefährdung durch Hochwasser an Wohngebäuden deutlich verringern. 46% der Befragten geben an, mindestens eine der genannten privaten Schutzmaßnahmen umfassend umzusetzen. Zwei oder mehr Schutzmaßnahmen haben aber nur 22% der Befragten umgesetzt. Dabei sind am ehesten bauliche Maßnahmen, wie eine Drainage, wasserdichte Fenster oder wasserbeständiges Mauerwerk, vorhanden. Maßnahmen hinsichtlich des gemeinsamen Engagements der Nachbarschaft sind deutlich seltener vorhanden.

Die Umsetzung aller Maßnahmen ist wahrscheinlicher, wenn der Haushalt bereits ein Hochwasser erlebt hat oder in einer Risikozone liegt. Ausgenommen der baulichen Maßnahmen sind alle Maßnahmen außerdem wahrscheinlicher umgesetzt, wenn Befragte länger als 25 Jahre in der Gemeinde wohnen. Auf Basis des Einkommens bestehen keine Unterschiede.

Private Schutzmaßnahmen



n= 1097-1102

- Bauliche Maßnahmen: z.B. Drainage, wasserdichte Fenster und Türen, wasserbeständiges Mauerwerk, Abwasser-Rückstausicherung
- Organisatorische Maßnahmen: z.B. Notfallplan, Vorbereiten von Sandsäcken oder Dammbalken, keine wertvollen Gegenstände in Keller und Erdgeschoß
- Engagement der Nachbarschaft: z.B. Abstimmung der Nachbarschaft, gemeinsame Begehungen und Übungen, Mitarbeit in Bürger/-inneninitiativen
- Aktiver Einsatz für Interessen bei den Behörden: z.B. Gefahrensituationen melden, schriftliche Anfragen bei verschiedenen Behörden, persönliches Vorsprechen
- Suche nach Informationen: z.B. Medienberichte, Informationsbroschüren, Gespräche mit Expert/-innen